

Pressemitteilung

Uli Sckerl MdL

29.09.2011

Grüne zum Jahrestag des „schwarzen Donnerstags“:

Uli Sckerl: „Der 30.September verpflichtet Politik und Gesellschaft zum dauernden Dialog“

Der „Schwarze Donnerstag“ am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten war eine Zäsur in der Geschichte Baden-Württembergs. „Die Szenen dieses Tages dürfen sich nie mehr wiederholen. Am 30.09. ist das Ende der Basta-Politik eingeleitet worden“, sagte Uli Sckerl, innenpolitischer Sprecher und parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen Landtagsfraktion.

Die grün-rote Landesregierung stelle sich der Aufgabe, Lehren aus dem 30.09. zu ziehen. Die Politik des Gehörtwerdens und die Grundzüge für ein neues Polizeikonzept seien dafür sichtbare Zeichen. Es müsse dafür gesorgt werden, dass die Politik die Polizei nicht mehr so schamlos missbrauchen kann, wie es die abgewählte Regierung Mappus getan hat, sagte der Grünen-Sprecher.

Die Polizei im Land und in Stuttgart hat mit der Aufarbeitung begonnen und mit ihrem Bericht vom 01.07.2011 erste Konsequenzen aus dem „schwarzen Donnerstag“ gezogen. Die Grünen im Landtag unterstützen dabei ausdrücklich die gewonnenen Erkenntnisse und die eingeleiteten Maßnahmen für mehr Transparenz von polizeilichem Handeln. Aber auch die Verstärkung von Deeskalation und Kommunikation, z.B. mit dem Stuttgarter Aktionsbündnis, gehen in die richtige Richtung. Regelungsbedarf für die Zukunft sehen die Grünen beim Umgang mit sog. polizeilichen Zwangsmitteln wie Wasserwerfern u.a.

Sehr unzufrieden zeigte sich Sckerl hingegen mit dem Stand der Ermittlungs- und Gerichtsverfahren, die aufgrund der Ereignisse am 30.9. anhängig wurden. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger warteten immer noch auf eine Klärung, ob das Handeln von Einsatzverantwortlichen und einzelne polizeiliche Maßnahmen rechtmäßig waren. „Es ist der Eindruck entstanden, dass die Verfahren gegen Teilnehmer der Protestkundgebung zügig abgewickelt, die gegen Verantwortliche des Polizeieinsatzes und einzelne beteiligte Polizisten aber nur sehr schleppend geführt werden. Für die Wiederherstellung von gegenseitigem Vertrauen brauchen wir aber eine ebenso gründliche wie zügige Aufklärung“, sagte der innenpolitische Sprecher der Grünen. Ein Jahr nach dem „schwarzen Donnerstag“ sei eine Bilanz und Gesamtbewertung dringlich. Im Bedarfsfall müsse das durch organisatorische Maßnahmen unterstützt und beschleunigt werden.